Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen
(161. - öffentliche - Sitzung am 25. November 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes**
   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/12048

   Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er beschließt, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens schriftlich mit Fristsetzung bis zum 8. Dezember 2026 zu dem Gesetzentwurf anzuhören. Ferner nimmt er in Aussicht, vorbehaltlich einer rechtzeitigen Durchführung der Mitberatung des Ausschusses für Inneres und Sport und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, in der für den 9. Dezember 2026 vorgesehenen Sitzung über eine Beschlussempfehlung für das Dezember-Plenum abzustimmen.

2. **Vorlagen**

   Vorlage 359 (MF) Vierteljahresbericht über die Haushalts- und Kassenlage - 1. bis 3. Haushaltsvierteljahr 2026

   Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028)**
   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**
   Unterrichtung - Drs. 19/11406

4. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027**
   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/11473

   Der federführende Ausschuss setzt die Beratung des Einzelplans 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - unter Einbeziehung der Mipla 2026 bis 2030 fort. Er führt die Beratung des Informationsteils der Vormerklisten des Ausschusses mit den dazu von der Landesregierung übersandten Vorlagen 339, 342, 352, 355, 356, 357, 358, 360, 361 und 363 durch und nimmt diese zur Kenntnis. Ferner setzt er die Beratung des Gesetzentwurfs unter Tagesordnungspunkt 3 a auf Grundlage der Vorlage 3 des GBD fort.

   Die Beratung des Gesetzentwurfs unter Tagesordnungspunkt 4 setzt er auf Grundlage der Vorlagen 2 und 3 des GBD fort.

Er beschließt, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zu den von den Fraktionen angekündigten Änderungsvorschlägen zum Haushaltsplanentwurf 2027/2028 sowie zum Haushaltsbegleitgesetz 2027 schriftlich anzuhören.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die umsatzsteuerrechtliche Behandlung ehrenamtlicher Veranstaltungen ab dem 1. Januar 2027 sowie über Möglichkeiten einer landeseinheitlichen, praxisgerechten und bürokratiearmen Anwendung des Umsatzsteuerrechts in Niedersachsen**

   Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 18. November 2026 zu, nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.